



Protokoll der 35. Sitzung des Einwohnerrates

vom 5. November 2003, 17.00 Uhr, im Landratssaal

„Anwesend: 36 Mitglieder

Entschuldigt: Susanne Brodbeck, Franz Kaufmann, Peter Schäfer, Pascal Wyss

Traktanden	Laufnummer
1. Berichte des Stadtrates und der Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente betreffend Teilrevision Gemeindeordnung – Umsetzung des kantonalen Bildungsgesetzes vom 06.06.2002 hinsichtlich Organisation und Wahl der Behörden: 1. Lesung <i>://: Anträgen GoR zugestimmt</i>	03/151
2. Berichte des Stadtrates, der Finanz- und der Bau- und Planungskommission betreffend Finanzplan 2004 – 2008 <i>://: Finanzplan zur Kenntnis genommen und Zusatzanträgen BPK zugestimmt, Abschreibung Motion 02/118 abgelehnt</i>	03/146
3. Bericht der Geschäftsprüfungskommission über die Ursachen hoher Steuerausstände <i>://: Zur Kenntnis genommen und Antrag GPK zum Abschluss Leistungsvereinbarung mit Kanton zugestimmt</i>	03/139
4. Bericht des Stadtrates betreffend Sport- und Volksbad Gitterli AG – Betriebsbeiträge 2004 – 2006 <i>://: An Fiko überwiesen</i>	03/154
5. Bericht des Stadtrates betreffend Gemeinschaftsantennenanlage – Totalrevision des Reglementes über die Gemeinschaftsantennenanlage (GGA-Reglement) / Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglementes <i>://: An Spezialkommission GoR überwiesen</i>	03/153
6. Postulat von Astrid Basler namens der Fraktion GL/Fraumättler betreffend Prüfung Ausgestaltung Rathausstrasse und Zeughausplatz <i>://: Überweisung abgelehnt</i>	03/150

7. Berichte des Stadtrates und der Spezialkommission Gemeindeordnung und Reglemente betreffend Teilrevision Gemeindeordnung – Umsetzung des kantonalen Bildungsgesetzes vom 06.06.2002 hinsichtlich Organisation und Wahl der Behörden:
2. Lesung
://: Anträgen GoR zugestimmt und Geschäft zuhanden Volksabstimmung verabschiedet 03/151
8. Fragestunde

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen November-Einwohnerratssitzung.

Mitteilung des Ratsbüros

- Der Rat gratuliert Stadtpräsident Marc Lüthi mit einem Präsent nachträglich herzlich zu seinem fünfzigsten Geburtstag.
- Das Budget 2004 wurde vom Ratsbüro am 30. Oktober 2003 an die Finanzkommission überwiesen. Es liegt zudem bei den heutigen Sitzungsunterlagen auf. Allfällige Budgetanträge sind bis spätestens 5 Tage vor der Dezember-Sitzung, also bis zum 12. Dezember 2003 beim Ratssekretariat abzugeben.
- Weiter liegen auf: Einladung zu einer Veranstaltung anlässlich der neuen Heimatkunde Liestal, a.b.c... (Elterninformation der Liestaler Schulen), eine Einladung zur GV des Vereins für eine umweltgerechte Bahn und die Einladung zum Jahresschlussessen des Einwohnerrates. Für letzteren Anlass werden die Ratsmitglieder gebeten, sich bis zum Ende der heutigen Sitzung an- oder abzumelden.
- Die Ratsmitglieder werden gebeten, als Termin für den Maibummel 2004 des Einwohnerrats Samstag, 8. Mai 2004 vorzumerken.

Mitteilungen aus dem Rat

Ernst Burkhardt (SP) gibt in Vertretung von Fraktionspräsident Franz Kaufmann folgende Stellungnahme ab: Die SP-Fraktion befindet sich zur Zeit durch den Parteaustritt und die unabhängige Stadtratskandidatur von Peter Rohrbach in einer nicht einfachen Situation. Die Situation wurde deshalb gründlich diskutiert und zusammen mit Peter Rohrbach folgendes beschlossen: Peter Rohrbach bleibt als Parteiloses Mitglied der SP-Fraktion, nimmt allerdings bis nach den Stadtratswahlen nicht an fraktionsinternen Anlässen teil. Dies bringt für beide Seiten die momentan nötige Distanz. Er bleibt ebenfalls Präsident der Finanzkommission und wird dort seine gute Arbeit weiterführen.

Als **StimmzählerIn** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- Astrid Basler
- Hans Brodbeck
- Adrian Mächler

Traktandenliste

- Die Fragestunde findet, wie gewohnt, direkt nach der Pause statt. Danach wird die 2. Lesung der Vorlage Nr. 03/151 erfolgen, um das Geschäft heute sicher verabschieden zu können.
- Der Dringlichkeit der beiden neu eingereichten Interpellationen Nr. 03/156 und 03/157 wird zugestimmt. Sie werden gemeinsam am Anfang der Sitzung beantwortet.

Die so bereinigte Traktandenliste wird genehmigt.

Neue persönliche Vorstösse

- Postulat von Lukas Flüeler (GL/Fraumättler) betreffend Urwaldfreundliche Gemeinde ufG (Nr. 03/155)
- Dringliche Interpellation von Hans Brodbeck (FDP) betreffend Plangenehmigung für die Lärmsanierung der Eisenbahn (Nr. 03/156)
- Dringliche Interpellation von Paul Pfaff und Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Lärmschutzwände Bahnhof Liestal bis Altmarkt (Nr. 03/157)
- Interpellation von Jürgen Hänggi namens der Fraktion GL/Fraumättler betreffend Abfallreglement (Nr. 03/158)
- Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion zum gegenwärtigen Kostenverteiler des öffentlichen Verkehrs (Nr. 03/158)

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 20. August 2003

://: Das Protokoll wird mit folgender Änderung genehmigt:
Seite 751, Zeile 7: Es erfolgt folgende Präzisierung: "Bestehend am Projekt "Eurocity" und wichtig für Liestal sei, dass dieses sowohl bei der jetzigen Linienführung der Bahn als auch bei den beiden zur Diskussion stehenden Varianten à Niveau- oder Tieflage realisiert werden könne.

269 G.2.C. Gemeindeorganisation und Verwaltung - Vorschriften, Reglemente

1. Berichte des Stadtrates und der Spezialkommission GoR betreffend Teilrevision Gemeindeordnung - Umsetzung des kantonalen Bildungsgesetzes vom 06.06.2002 hinsichtlich Organisation und Wahl der Behörden (Nr. 03/151): 1. Lesung

Die konsequente Umsetzung des neuen kantonalen Bildungsgesetzes, das zum Schuljahresbeginn im August 2003 in Kraft getreten ist, macht verschiedene Änderungen der Gemeindeordnung notwendig. So sind neue Begriffe wie Schulrat anstelle von Schulpflege zu übernehmen und neue Gremien wie der Musikschulrat zu verankern. Der veränderte Aufgabenkatalog der Schulräte, die über konzeptionelle Fragen der Schule entscheiden (Genehmigung des Schulprogrammes) und im operativen Bereich (Personal-, Planungs- und Organisationsfragen) keinen direkten Einfluss mehr nehmen, legt eine Neuregelung der Anzahl Mitglieder und des Wahlgremiums nahe. Zudem sollen die Kindergartenkommission und die Primarschulpflege zu einem gemeinsamen Schulrat für den Kindergarten und die Primarschule (Kindergarten- und Primarschulrat) zusammengeführt werden.

Änderungen der Gemeindeordnung unterliegen dem obligatorischen Referendum. Um die Änderungen hinsichtlich der Wahl des neuen Kindergarten- und Primarschulrates wie geplant für die nächsten vier Jahre wirksam werden zu lassen, müssen die geänderten Bestimmungen sechs Monate vor Beginn der Amtsperiode beschlossen sein. Die Volksabstimmung hat somit im Januar 2004 stattzufinden, weshalb ein enger Fahrplan für alle involvierten politischen Instanzen gegeben ist.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Die Änderungen der Gemeindeordnung gemäss Beilage 1 zur Vorlage werden beschlossen.

Die Spezialkommission GoR hat die Vorlage im Detail beraten und beantragt dem Einwohnerrat teilweise von der stadträtlichen Fassung abweichende Formulierungen.

Da sich der Stadtrat der Version der GoR anschliesst, wird in der Detailberatung die Kommissionsfassung diskutiert.

Daniel Schwörer (FDP), Präsident der Spezialkommission GoR, erläutert, die Kommission habe die vom Stadtrat vorgeschlagenen Änderungen beraten und beantrage dem Rat eine leicht modifizierte Variante. Das Bildungsgesetz rede neu von Räten und die Gemeinden müssten diese Anpassung in ihren Reglementswerken vornehmen. Die Räte hätten zudem neu vor allem strategische und nicht mehr operative Aufgaben. Als Folge davon hätten viele Gemeinden ihre Gremien zahlenmässig angepasst. Auch in Liestal solle der neue Schulrat nur noch aus fünf Mitgliedern bestehen und zuständig für Kindergarten- und Primarschulstufe sein. Neu sei auch die Wahl durch den Einwohnerrat und nicht mehr die Urnenwahl vorgesehen. Daneben würden noch einzelne redaktionelle Anpassungen vorgenommen.

Weiter müsse die Änderung der Gemeindeordnung laut kantonaler Gesetzgebung sechs Monate vor Einsetzung der Gremien erfolgen. Deshalb sei es nötig, heute beide Lesungen vorzunehmen, damit die Volksabstimmung im Januar 2004 erfolgen könne.

Als politische Bewertung der Änderungen könne er sagen, dass der Wechsel des Wahlprozederes nicht überall unbestritten sei. Er vermute, dass die vorgeschlagene Wahl durch den Einwohnerrat bei einigen Stimmberechtigten als Demokratieabbau empfunden werde. Der Stadtrat gehe nicht auf diese Thematik ein, wohl aber die GoR. Diese lade den Stadtrat ein, die Thematik in der Abstimmungsvorlage zur Sprache zu bringen und auszudeutschen. Weiter habe die GoR noch leichte redaktionelle Änderungen vorgenommen und beantrage dem Rat, diese Version zu beraten und darüber zu beschliessen.

Eintretensdebatte:

Claudio Wyss (SVP/CVP/EVP) führt aus, seine Fraktion trete auf die Vorlage ein, nehme den GoR-Bericht zur Kenntnis und werde dessen Anträgen folgen. Die Änderungen gegenüber der stadträtlichen Version würden durch diesen nicht in Frage gestellt. Die Änderung des Wahlprozederes bringe nicht gravierende Auswirkungen. In grossen Gemeinden sei es zudem schwer, die Kandidierenden dem Stimmvolk vorzustellen. Es sei vielmehr positiv zu bewerten, dass die Fraktionen nun die Kandidierenden anhören und sich eine Meinung bilden könnten. Dies erhöhe die Gewähr, dass kompetente Personen gewählt würden. Seine Fraktion wünsche aber noch Informationen, wann die Wahlen im Einwohnerrat stattfinden und wie die Kandidatensuche vor sich gehen solle.

Ernst Burkhardt (SP) erklärt ebenfalls das einstimmige Eintreten seiner Fraktion.

Jürgen Hänggi (GL/Fraumättler) votiert, seine Fraktion befürworte die Vorlage ebenfalls. Sie sei bezüglich der Wahl der gleichen Auffassung, wie Claudio Wyss sie geäußert habe. Der Einwohnerrat habe objektiv gesehen die bessere Chance, aus den Kandidierenden kompetente Leute auszuwählen. Dies sei kein Demokratieabbau, da auch die Aufgaben des Schulrates verschoben würden und die operative Leitung neu den Schulen überlassen werde. Dies kompensiere den allfälligen Demokratieabbau.

Stadtrat Lukas Ott dankt dem Rat für die gute Aufnahme des Geschäfts. Es sei eine wichtige Vorlage für den Stadtrat. Es gehe darum, die Behördenorganisation an die Verwaltungsorganisation anzupassen. Das neue Schulgesetz bringe die Zusammenführung von Kindergarten und Primarschule zur Volksschule. Im Moment werde ein gemeinsames Programm erarbeitet, deshalb sei es gut, auch die Behörde entsprechend anzupassen. Der Stadtrat sei auch der Meinung, dass aufgrund der neuen Kompetenzenordnung eine Kürzung auf fünf Mitglieder vertretbar sei und habe dies im Einverständnis mit den zur Zeit aktiven Behördenmitgliedern so beantragt. Das Argument des Demokratieverlusts, wenn der Einwohnerrat als Wahlbehörde bestimmt werde, beurteile der Stadtrat nicht so. Schon heute werde die Kindergartenkommission vom Einwohnerrat gewählt und hier sei dieses Argument in der Vergangenheit nie aufgetaucht. Der künftige Schulrat sei also auch mit diesem Wahlverfahren demokratisch legitimiert. Es gelte aber, die Bevölkerung klar darüber zu informieren, dass nicht nur Mitglieder des Einwohnerrates, sondern auch andere

Personen wählbar seien, und dass der Einwohnerrat lediglich die Wahlbehörde sei. Hier sei das Argument von Claudio Wyss wichtig, dass mit der Wahl durch den Einwohnerrat die Anhörung der Kandidaten möglich sei. Bei einer Volkswahl würden oft Unbekannte gewählt. Die neue Regelung schaffe also eine Verbesserung. Weiter sei bei der Überführung von zwei Gremien in eines wichtig, dass beide Stufen im Schulrat gut vertreten seien. Auch hier gehe der Stadtrat davon aus, dass der Einwohnerrat am ehesten in der Lage sei, eine gute Zusammensetzung zu gewährleisten. Der Stadtrat schliesse sich im übrigen der Version der GoR an.

Detailberatung:

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

://: Die nachfolgend detailliert aufgeführte Änderung der Gemeindeordnung wird in 1. Lesung einstimmig beschlossen.

I.

Die Gemeindeordnung vom 20. September 1999 der Stadt Liestal wird wie folgt geändert :

§ 2 Absatz 1 Buchstaben c, d, e, f und g

¹ Es bestehen folgende Behörden:

- c. Kindergarten- und Primarschulrat, bestehend aus 5 Mitgliedern
- d. Kreisschulrat der Speziellen Förderung, gemäss Vertrag
- e. Musikschulrat, gemäss Vertrag
- f. Sozialhilfebehörde, bestehend aus 7 Mitgliedern
- g. Wahlbüro, bestehend aus 35 Mitgliedern

§ 2 Absätze 2 und 3

² Es besteht eine Kindergartenkommission, bestehend aus 7 Mitgliedern. Sie berät den Kindergarten- und Primarschulrat.

³ Die Mitglieder des Kindergarten- und Primarschulrates amten gleichzeitig als Liestaler Mitglieder im Kreisschulrat der Speziellen Förderung im Kindergarten und in der Primarschule.

§ 3 Absatz 1 Buchstaben d, e und f

¹ Durch das Volk werden gewählt:

- d. aufgehoben
- e. aufgehoben
- f. 6 Mitglieder der Sozialhilfebehörde

§ 3 Absätze 2, 3 und 4

² Durch den Einwohnerrat werden gewählt:

- a. 4 Mitglieder des Kindergarten- und Primarschulrats
- b. die Liestaler Mitglieder des Sekundarschulrats
- c. die Liestaler Mitglieder des Musikschulrats

d. das Wahlbüro

³ Der Stadtrat wählt aus seiner Mitte:

- a. 1 Mitglied des Kindergarten- und Primarschulrats
- b. 1 Mitglied der Sozialhilfebehörde
- c. 1 Mitglied des Musikschulrates

⁴ Der Stadtrat ist zuständig für die Wahl der Mitglieder der Kindergartenkommission.

§ 4 Absatz 2 Buchstaben b, c und d

² Nach dem Verhältniswahlverfahren werden gewählt:

- b. die 6 Mitglieder der Sozialhilfebehörde
- c. aufgehoben
- d. aufgehoben

§ 8a Absatz 2

² § 2 Absatz 2 und § 3 Absatz 4 gelten bis zum 31. Dezember 2005 und werden auf diesen Zeitpunkt hin aufgehoben.

II.

Diese Änderung tritt nach Annahme durch das Volk und Genehmigung durch den Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft rückwirkend auf den 1. Januar 2004 in Kraft.

Abschliessend dankt Adrian Mächler (FDP) der GoR herzlich für ihre termingerechte Arbeit und gratuliert zur guten Vorlage.

Walter Gudenrath (SP) erklärt, er wolle diese Blumen weiterreichen. Die Vorgaben des Stadtrates seien exzellent gewesen. Er danke dem Stadtrat und der Verwaltung dafür.

270 F.3.4.3. Finanzverwaltung, Disposition: Finanzplanung, Programme

2. Bericht des Stadtrates, der Finanz- und der Bau- und Planungskommission betreffend Finanzplan 2004 - 2008 (Nr. 03/146)

In verschiedenen Klausursitzungen hat der Stadtrat ein Massnahmenpaket für eine nachhaltige und sparsame Finanzpolitik verabschiedet. Mit diesem Massnahmenpaket soll auf die finanzpolitischen Herausforderungen in Liestal geantwortet und das strukturelle Defizit des Gesamthaushalts beseitigt werden. Es soll verhindert werden, dass Liestal weiterhin auf Verschuldung und Vermögensverkäufe angewiesen ist. Die Konsolidierungspolitik des Stadtrates beinhaltet in erster Linie eine Reduktion der Ausgaben, um die Handlungsfähigkeit zu erhalten. Über die Erwirtschaftung eines Primärüberschusses soll neben einem ausgeglichenen Haushalt ab 2004 in berechenbaren und verbindlichen Schritten die Senkung der Schuldenlast auf das kantonale Mittelmass erreicht werden.

Die Diskussionen um den Finanzplan und die damit in erster Linie zu ergreifenden Massnahmen richten sich konsequent „nach innen“, um die Produktivität der Verwaltung und der städtischen Betriebe zu steigern und das genannte Einsparvolumen zu erreichen. Der Stadtrat steht jedoch gegenüber der Bevölkerung, aber auch gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verantwortung, die Verhandlungen mit dem Kanton bezüglich Abgeltung der Zentrumsleistungen aktiv voranzutreiben. Er sagt es immer wieder mit aller Deutlichkeit: Die Bevölkerung bezahlt heute mit hohen Steuern einen Teil dieser Zentrumslast.

Insgesamt zeigt der Stadtrat die Perspektiven für die Stadt Liestal auf. Alle politischen Behörden müssen sich bewusst sein, dass die Entwicklung in einem grundsätzlich rollenden und dynamischen Prozess nur dann wie geplant verläuft, wenn wir von einem rigorosen Kostenmanagement und einer beharrlichen Umsetzung der beschlossenen Massnahmen ausgehen. Gleichzeitig ist der Spielraum für technische Schwierigkeiten und politische Kompromisse bei der Umsetzung einzelner Kürzungsmassnahmen gering. Zudem darf die beschlossene Zielsetzung der Politik nicht die Luft zum Atmen nehmen. Der Stadtrat ist überzeugt, dass dies in den kommenden Monaten mit Unterstützung unserer engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gelingen wird.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Finanzplan wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Motion zur Sanierung des Finanzhaushaltes (02/118) ist abzuschreiben.

Die Finanzkommission hat die Vorlage exkl. Investitionsprogramm vorberaten und beantragt dem Einwohnerrat die Unterstützung des Antrages 1, jedoch die Ablehnung des Antrages 2 des Stadtrates.

Die Bau- und Planungskommission hat das Investitionsprogramm vorberaten und macht folgende Feststellungen/stellt folgende Zusatzanträge:

1. Die BPK ist einstimmig der Ansicht, dass die Nettoinvestitionen von 2.93 Mio./Jahr resp. 14.65 Mio. bis 2008 genügen, um den Wert der Anlagen im Verwaltungsvermögen zu erhalten.

2. Die Sanierung des Gestadeckschulhauses, der geplante Neubau für die RML und die Renovation des Vereinspavillons sind als Einheit zu planen und optimal aufeinander abgestimmt zu terminieren.
3. Der Stadtrat wird beauftragt, die Konsequenzen einer möglichen neuen Verkehrsführung auf den Finanzplan möglichst bald aufzuzeigen, insbesondere bezüglich Kasinobrücke und Kantinenweg.
4. Das Steinenbrüggli ist gemäss Finanzplan spätestens 2007 zu sanieren. Weil es sich um ein historisches Objekt von regionaler Bedeutung handelt, sollte die Stadt jedoch höchstens 50 % der Kosten übernehmen müssen.

Fiko-Präsident Peter Rohrbach (SP) erläutert die Gedanken der Kommission anhand einer Folienserie. Vorab dankt er dem Stadtrat für die Annahme und Umsetzung der Motion zur Reduktion des Stadtrates auf fünf Mitglieder. Auch die Inhalte der Budgetdiskussion des letzten Jahres seien vom Stadtrat konstruktiv aufgenommen und in die Arbeiten zum vorliegenden Finanzplan integriert worden. Bei den Anträgen des Stadtrates lehne die Fiko den Antrag 2 ab. Der Finanzplan gehe zwar in die richtige Richtung, sei aber noch kein Sanierungsplan. Die Fiko unterstütze aber den Antrag 1. Der Finanzplan gebe einen Ausblick auf das Budget 2004 und hier werde die richtige Richtung eingeschlagen. Die Fiko erwarte ein akzeptables Budget. Sie sei aber immer noch der Meinung, dass der Finanzplan mehr brauche. Die Aussagen, welche die Fiko im Jahr 2000 gemacht habe, würden heute mehrheitlich akzeptiert. Man müsse sich bewusst sein, dass wenn man bei einzelnen Posten, z.B. bei den Bädern, mehr Mittel einsetze, diese Beträge an einem anderem Ort fehlen würden. Bei den Sozialkosten sei immer wieder suggeriert worden, dass diese sehr hoch seien, aber heute habe dieser Bereich durch mehr Personal und ein neues Management eine neue Situation geschaffen und Fiko danke an dieser Stelle den Verantwortlichen.

Nicht formuliert worden sei die Tatsache der in den letzten Jahren erzielten Buchgewinne von CHF 16 Mio., und dass die Fremdverschuldung trotzdem zugenommen habe. So könne es nicht weiter gehen. Eine ausgeglichene Rechnung ohne Buchgewinne würde 74 Steuerprozent benötigen. Weiter habe die Fiko diskutiert, ob der in Aussicht gestellte längerfristige Abbau der Fremdverschuldung realistisch sei. Wenn dabei das Verwaltungsvermögen abnehme, dann sei dies lediglich ein Verschieben der Schuld und es entstehe ein Nachholbedarf bei den Investitionen. Die BPK habe die Frage der Investitionen eingehend geprüft und sage in ihrem Bericht aus, dass dies nicht der Fall sei und das geplante Investitionsvolumen genüge.

Der Ausblick für das Jahr 2004 sei gut, die Fiko erwarte ein ausgeglichenes Budget, aber dies sei noch keine Sanierung der Liestaler Finanzen. Früher hätten grosse Unterschiede in der Beurteilung der Annahmen bestanden. Heute gebe es hier wesentlich mehr Übereinstimmung zwischen Stadtrat und Fiko. Er sei aber der Meinung, dass alles zusammen falle, wenn bei den heutigen Annahmen nur ein Parameter ändere. Weiter werde bei der Planung nicht von Abbau geredet. Es sei aber wichtig, zuerst die Frage des Nötigen zu diskutieren und erst danach die Frage der sozialen Verträglichkeit. Es fordere niemand Hauruck-Methoden, aber die Verhältnisse müssten klar herausgearbeitet werden. Zudem bestehe eine soziale Verantwortung auch gegenüber den Steuerzahlern, nicht nur gegenüber dem Personal. Man müsse diesen Begriff deshalb weiter fassen. Für den nächsten Plan erwarte die Fiko, dass der Stadtrat den Sollzustand aufzeige und was er wann und wie zu realisieren gedenke, um diesen Sollzustand zu erreichen. Die Fiko habe dies in der Vergangenheit schon oft gesagt. Heute werde im Stadtrat von Zeithorizonten geredet,

die realistisch seien. Im nächsten Plan solle dieser auch Zwischenschritte bezüglich Steuern aufzeigen. Weiter müsse die Ist-Analyse noch verbessert werden. Hier müssten z.B. die Annuitäten aufgezeigt werden.

BPK-Präsident Hans Brodbeck (FDP) führt aus, die Kommission habe vertieft die Frage des Verwaltungsvermögens betrachtet. Hier werde mit der Einhaltung der kantonalen Vorgaben bezüglich Abschreibungen (jährlich 10 %) mehr abgeschrieben, als investiert. Durchschnittlich würden in den nächsten fünf Jahren jährliche Investitionen von CHF 2,93 Mio. getätigt. Dies bedeute auf der Gegenseite eine Abnahme des Verwaltungsvermögens von rund CHF 3,25 Mio. Das Verwaltungsvermögen beinhalte alle Anlagen, die die Stadt brauche, um zu funktionieren. Diese müssten einerseits erhalten, andererseits aber auch abgeschrieben werden. Die Motion Nr. 02/118 verlange die Werterhaltung des Verwaltungsvermögens. Der neue Finanzplan entspreche diesem Anliegen nicht. Die BPK sei aber zum Schluss gekommen, dass das Verwaltungsvermögen keine messbare Grösse sei, um Gemeinden zu vergleichen. Es sei viel mehr eine relative Grösse. Bspw. steige beim Neubau eines Primarschulhauses der Abschreibungsbedarf. Dies heisse aber nicht, dass gleichzeitig ein Bedürfnis nach zusätzlichen Investitionen bestehe, damit gleich viel investiert, wie abgeschrieben werde. Auf der anderen Seite könne es die Situation geben, dass durch die Erwirtschaftung eines Überschusses zusätzliche Abschreibungen möglich würden. Dies heisse aber nicht zwingend, dass damit der Investitionsbedarf sinke. Je besser eine Gemeinde bestellt sei, desto schneller werde sie Abschreibungen tätigen. Deshalb sei es nicht sinnvoll, einen Gleichstand zwischen Abschreibungen und Investitionen anzustreben. Der Wert der Substanz müsse aber erhalten bleiben. Deshalb sei die BPK hier zur Aussage gelangt, dass nicht zusätzliche Investitionen nötig seien, um das Verwaltungsvermögen zu halten. Alles was hier nicht gebraucht werde, könne für die Schuldentilgung eingesetzt werden.

Weiter habe die BPK auf gewisse Unregelmässigkeiten in der Terminierung hingewiesen, bspw. bei der geplanten Sanierung des Gestadeckschulhauses. Hier seien weitere Vorlagen zu den entsprechenden Projekten nötig, die dies klären. Die geplanten Nettoinvestitionen seien aber genügend.

Ein wichtiger Aspekt, die sich aus einer neuen Verkehrsführung ergebenden Konsequenzen auf den Finanzplan, werde unter 4.3. angesprochen. Der Kanton prüfe eine mögliche neue Verkehrsführung in Liestal. Dies habe allenfalls Konsequenzen auf den Kantinenweg. Weiter müsse die Kasinobrücke nächstens saniert werden. Diese müsse aber vielleicht ohnehin mit der Planung der H2 versetzt oder abgebrochen werden, was grosse finanzielle Konsequenzen zur Folge habe.

Ratspräsident Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) informiert, dass von Hans Brodbeck ein Antrag zur Erhaltung des Kinderspielplatz Langhag vorliege.

Stadtpräsident Marc Lüthi dankt vorab dem Rat für die Gratulation und die Geschenke zu seinem fünfzigsten Geburtstag. Seine Ausführungen zum Finanzplan habe er in die Teile Rückblick, Wertung aus heutiger Sicht und Ausblick gegliedert. Die Ausgangslage habe der Stadtrat gleich betrachtet, wie die Fiko. Der letzte Finanzplan und das letzte Budget seien vom Einwohnerrat schlecht aufgenommen worden. Dies habe im Stadtrat zu einem Umdenken geführt. Für die Erarbeitung des vorliegenden Finanzplans habe im Stadtrat eine intensive Auseinandersetzung mit der Thematik stattgefunden. Dabei habe er auch externe Unterstützung beigezogen. Bei den Zielsetzungen habe man sich an der Motion Nr. 02/118 orientiert. Der Stadtrat sei hier noch weiter gegangen und habe die gesellschaftspolitische Dimension mit

einbezogen und einen Massnahmenkatalog für die nächsten vier Jahre mit über 20 Einzelmassnahmen erarbeitet. Die drei Hauptprojekte darin seien die Fusion der Bereiche Zentrale Dienste und Finanzen sowie die Reorganisation der Bereiche Betriebe und Soziales. Diese Projekte seien auch quantifiziert worden und brächten eine Entlastung der laufenden Rechnung 2003 von über CHF 1 Mio. und weitere Beträge bis zu CHF 2 Mio. in den Folgejahren. Der Vorwurf, mit Buchgewinnen die laufende Rechnung auszugleichen, werde in Zukunft nicht mehr möglich sein. Weiter sei bei diesen Arbeiten die Kommunikation ein wichtiges Element gewesen und deshalb bestehe heute ein Konsens, die beschlossenen Massnahmen auch umzusetzen und damit Spuren in der Rechnung und im Budget zu hinterlassen. In der Verwaltung seien somit intensive Arbeiten im Gang. Als Exkurs müsse er hier noch erwähnen, dass für den Finanzplan aber auch noch andere politische Faktoren zu berücksichtigen seien. Liestal habe einerseits ein berechenbares politisches Klima. Andererseits habe es zwar hohe Steuern, diese seien aber nicht ohne Nutzen für die Steuerzahler. Dies schaffe ein gutes Steuerklima. Weiter liege gemäss einem in der BaZ veröffentlichten Rating Liestal auf Platz 2 in der Region. Diese Indikatoren seien Belege, dass es durchaus auch positive Einflüsse gebe. Es gelte, die ganze Schau im Rahmen der Debatte zu berücksichtigen.

Die Berichterstattung der BZ zum Finanzplan habe den Stadtrat allerdings irritiert, da der Finanzplan auf lauter negative Aspekte reduziert werde. Vor allem der Ausdruck "Buchhaltertricks" beruhe aber auf einem Missverständnis. Als Ausblick könne er sagen, dass der Stadtrat in der nächsten Woche die Legislaturziele in Angriff nehmen werde, so dass diese rechtzeitig für die neue Finanzplanung vorhanden seien. Für die weitere Zielsetzung sei die Motion Nr. 02/118 nach wie vor der Leitgedanke. Der Lauf, den der Stadtrat angefangen habe, wolle er so weiterführen. Er sei sich bewusst, dass ein erster Schritt zur Sanierung der Finanzen erfolgt sei und nun die Definition weiterer Schritte erfolgen müsse.

Andreas Zbinden (FDP) votiert, der Finanzplan zeige die langfristige Entwicklung auf und am Schluss solle diese in Zahlen dargestellt werden. Der aktuelle Finanzplan zeige eine Stabilisierung bis 2008, dies sei positiv zu werten. Es seien kurzfristig sehr grosse Anstrengungen unternommen worden, um den Aufwand zu reduzieren. Dies werde vom Einwohnerrat geschätzt und anerkannt. Es sei aber leider keine Vision erkennbar und es gebe zu viele Unsicherheiten. Ihm sei klar, dass eine längerfristige Planung Unsicherheiten enthalte, er habe aber doch die Vision von neuen Ansätzen vermisst. Es sei vor allem keine Änderungen beim Nettoaufwand sichtbar und dies müsse er kritisieren. Er bitte den Stadtrat, die ganze Planungsperiode zu betrachten, hier Schwerpunkte zu setzen und damit weiteres Sparpotential zu schaffen. Er hoffe auf ein Gelingen und neue Ideen des Stadtrates. Dieser habe bisher lediglich die Situation stabilisiert. Die FDP-Fraktion unterstütze die Anträge der Fiko.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) äussert, ihre Fraktion danke dem Stadtrat für den vorliegenden Finanzplan. Das Aufzeigen von klaren finanzpolitischen Zielen und politischen Grundlinien werde geschätzt. Der Einbezug von Kriterien für eine gesellschaftspolitische und personalpolitische Verträglichkeit sei ein Fortschritt gegenüber früheren Planungen. Ebenfalls geschätzt werde das Aufzeigen konkreter Sparprojekte und deren Umsetzung. Im Zusammenhang mit der personalpolitischen Verantwortung weise sie für die weiten Klausuren darauf hin, dass auch die Leistungen der Menschen, die ausserhalb der Verwaltung etwas zum Wohl der Stadt Liestal erbringen, zu würdigen seien. Ihre Fraktion folge den Anträgen der Fiko, wolle die Motion Nr. 02/118 aber abschreiben.

Philipp Senn (SP) führt aus, um aus einer Depression heraus zu kommen, gelte es, eine Steigung zu bewältigen. Dass dies mühsam sei, werde hier ersichtlich. Wichtig sei die Erkenntnis des Stadtrates, dass hier erste Schritte gemacht worden seien und die Zusicherung, dass weitere folgen würden. Die Aussage von Marie-Therese Beeler betreffend Festlegen von Zielen und Priorisierungen sei ebenfalls wichtig. Hier gebe es bei einzelnen Massnahmen aber vielleicht noch Diskussionsbedarf. Die Annahmen des Stadtrates habe die Fiko als realistisch beurteilt. Bezüglich der Annahmen beim Finanzausgleich sei man sich in der Fiko aber nicht einig geworden. Hier sei er der Meinung, dass diese so in der Planung bleiben könnten. Seine Fraktion unterstütze den Antrag zur Kenntnisnahme des Finanzplanes und auch den Antrag, die Motion Nr. 02/118 nicht abzuschreiben, dies als Aussage, dass das Ziel noch nicht endgültig erreicht und weiter zu verfolgen sei.

Peter Rohrbach (SP) erachtet es als wichtig, die Aussagen in der BZ richtig zu stellen. In den letzten Jahren sei er sich inhaltlich oft nicht mit dem Stadtrat einig gewesen. Er habe diesem aber nie etwas unterstellt und umgekehrt sei dies auch nicht der Fall gewesen. In all den Jahren und auch aktuell habe eine gute und offene Diskussionskultur geherrscht und er hoffe, dass dies auch weiterhin so bleibe. Er habe beim Lesen des Zeitungsberichts sofort reagiert, dass er dies so nicht gesagt habe, und dass dies auch nicht seiner persönlichen Denkweise entspreche.

Hanspeter Mohler (FDP) äussert als persönliche Meinung, er schliesse sich der exzellenten Analyse von Peter Rohrbach und der Meinung seiner Fraktion an. Allerdings sei vor einem Jahr die Motion Nr. 02/118 eingereicht worden und heute diskutiere der Rat eine Vorlage, die keinen Sanierungsvorschlag enthalte. Der Finanzplan könne so nicht zur Kenntnis genommen werden, da damit auch insgeheim der stadt-rätliche Kurs Unterstützung finde. Er halte sich an die Regel, dass wenn er mit etwas überfordert sei, oder wenn etwas unter die Gürtellinie gehe, etc., dass er dies einfach nicht gehört habe.

Stadtpräsident Marc Lüthi erklärt, der gesetzliche Auftrag zum Finanzplan sei, mittelfristige Perspektiven aufzuzeigen. Der Stadtrat habe für die Periode 2004/2005 seine Projekte klar definiert. Der Prozess gehe aber weiter und der Stadtrat sei sich auch bewusst, dass er noch weiter gehen müsse. Auch mit dem Finanzausgleich müsse er sich weiter intensiv beschäftigen. Es gehe darum, die Fakten periodisch weiter zu entwickeln. Bei den Legislaturzielen sei es wichtig, dass diese kongruent mit der finanzpolitischen Schiene seien. Dies sei im Jahr 2000 noch nicht gelungen, heute seien die nötigen Voraussetzungen aber vorhanden.

Bernhard Fröhlich (FDP) äussert, es habe sich irgendwo wieder eine Begriffsverwirrung eingeschlichen. Es brauche keine Visionen, sondern Kreativität und klare Massnahmen, um die Schulden zu halbieren. In den nächsten 20 Jahren müssten jedes Jahr CHF 2 Mio. eingespart werden. Dies gehe nur mit Kreativität, angemessenen Massnahmen und dem nötigen Durchsetzungsvermögen. Neue Visionen seien nicht nötig.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) führt aus, er vermisse im Finanzplan Massnahmen des Stadtrates, um künftig mehr einzunehmen. Er meine damit nicht Steuererhöhungen, sondern Wirtschaftsförderung, damit neue Firmen ortsansässig würden und auch Kaderleute hier Wohnsitz nähmen. Die Bevölkerungszunahme sei in den letzten 10

Jahren nicht frappant gewesen. Die Bevölkerung sollte aber zunehmen, damit die Steuereinnahmen sich erhöhten. Auf der anderen Seite sollten die Steuern gesenkt werden, damit mehr Leute in Liestal wohnen und es sollten aktiv effiziente Steuerzahler gesucht werden.

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, im sehr eng geschnürten Investitionsprogramm sei immerhin noch die Erschliessung Burgunderstrasse enthalten. Dafür habe er sich genau aus dem Grund eingesetzt, um neue Leute anzuziehen. Diese Massnahme allein reiche allerdings nicht. Es sei schon lange ein Ziel, jährlich mindestens 50 neue Wohneinheiten in Liestal zu schaffen. Dies sei in den letzten sieben Jahren gelungen. Hier erlebe Liestal eine positive Entwicklung, andere Gemeinden hätten tendenziell eher Bevölkerungsanteile verloren. Weiter müsse auch gegen die Tendenz von immer grösseren Wohnungen für immer weniger Leute gekämpft werden. Kürzlich habe Liestal die 13'000ste Einwohnerin begrüsst. Der Stadtrat versuche, die Voraussetzungen für weiteres Wachstum zu schaffen. Betreffend Verkehrskonzept sei zu sagen, dass der Stadtrat im Finanzplan keine Informationen vorenthalten habe. Die angesprochenen Entscheide würden demnächst fallen. Tendenzial vermute er aber, dass damit die städtischen Investitionen leicht entlastet würden.

Stadtpräsident Marc Lüthi erklärt, er verstehe das Argument von Paul Pfaff. Die Details der Steuerschätzungen habe er in der Fiko bekannt gegeben. Ein leichter Zuwachs bei den Haushalten sei auszumachen. Bei den juristischen Personen werde aber weiterhin sehr vorsichtig geplant. Die Pflege des Steuersubstrats auf breiter Ebene sei aber ein Anliegen, das vom Stadtrat weiter verfolgt werde.

Hans Brodbeck (FDP) begründet seinen Antrag zur Erhaltung des Kinderspielplatz Langhag damit, dass dieser häufig frequentiert werde, jedoch im Finanzplan bei den Buchgewinnen für 2006 eingesetzt sei, d.h. die Absicht zu einem Verkauf bestehe. Das Quartier hänge aber an diesem Platz. Mit seinem Antrag wolle er die Anwohner beruhigen, dass mit der Kenntnisnahme des Finanzplans nicht einem Verkauf zugestimmt werde. Dazu brauche es sicher eine Einwohnerratsvorlage. 1997 sei das Thema schon mittels eines Postulats von Adolf Fluri diskutiert und damals einem Verkauf nicht zugestimmt worden. Unter anderem habe Ruedi Riesen, damals als Ratsmitglied gegen den Verkauf votiert.

Pascal Porchet (FDP) äussert dazu, auch im Rotackerquartier sei vor einigen Jahren ein Park verkauft und überbaut worden und heute schreie niemand mehr danach. Tatsache sei, dass das Langhagquartier ein Einfamilienhausquartier mit mehrheitlich grossen Gärten sei. Der Verkauf dieses Platzes dürfe deshalb mittelfristig sehr wohl ein Thema sein.

Da es eine Tatsache ist, dass ohne separate Vorlage ein Verkauf dieser Parzelle nicht diskutiert wird, zieht Hans Brodbeck (FDP) seinen Antrag zurück.

- ://: 1. Der Finanzplan 2004 - 2008 wird mit grossem Mehr, bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen zur Kenntnis genommen.
2. Die Motion zur Sanierung des Finanzhaushaltes (02/118) wird mit grossem Mehr, gegen 5 Stimmen, nicht abgeschrieben.

Zusatzanträge der BPK:

1. Die BPK ist einstimmig der Ansicht, dass die Nettoinvestitionen von 2.93 Mio./Jahr resp. 14.65 Mio. bis 2008 genügen, um den Wert der Anlagen im Verwaltungsvermögen zu erhalten (grossmehrheitliche Zustimmung, bei 2 Enthaltungen).
2. Die Sanierung des Gestadeckschulhauses, der geplante Neubau für die RML und die Renovation des Vereinspavillons sind als Einheit zu planen und optimal aufeinander abgestimmt zu terminieren (grossmehrheitliche Zustimmung bei 3 Enthaltungen)
3. Der Stadtrat wird beauftragt, die Konsequenzen einer möglichen neuen Verkehrsführung auf den Finanzplan möglichst bald aufzuzeigen, insbesondere bezüglich Kasinobrücke und Kantinenweg (grossmehrheitliche Zustimmung bei 3 Enthaltungen).
4. Das Steinenbrüggli ist gemäss Finanzplan spätestens 2007 zu sanieren. Weil es sich um ein historisches Objekt von regionaler Bedeutung handelt, sollte die Stadt jedoch höchstens 50 % der Kosten übernehmen müssen (grossmehrheitliche Zustimmung bei 7 Enthaltungen).

271 G.2.2.1. Behörden: Aufsichtsbehörden, Inspektionen

3. Bericht der Geschäftsprüfungskommission über die Ursachen hoher Steuerausstände (Nr. 03/139)

An der Einwohnerratssitzung vom 25. Juni 2003 wurde die Rechnung 2002 beraten. Die vorberatende Finanzkommission stellte fest, dass seit dem Jahre 2000 hohe Steuerausstände von insgesamt 9,4 Mio. CHF bestehen. Auf Antrag der Finanzkommission erteilte der Einwohnerrat der GPK den Auftrag, die Ursachen der hohen Steuerausstände zu klären und z.H. des Einwohnerrat einen Bericht zu verfassen.

Die Geschäftsprüfungskommission setzte für die Bearbeitung dieses Geschäfts eine 3-köpfige Subkommission ein. Diese führte Gespräche mit Vertretern der Kantonalen Steuerverwaltung, der Steuerverwaltung einer mit Liestal vergleichbaren Gemeinde (Pratteln) sowie mit den verantwortlichen Führungskräften der städtischen Steuerverwaltung Liestal. Die Subkommission konnte Einsicht in alle relevanten Akten nehmen. Diese sowie schriftliche Gesprächsprotokolle bilden die Grundlagen für den Bericht der Kommission.

Die GPK hat keine Beanstandungen, was die Tätigkeiten in der Abteilung Steuern der Stadt Liestal betrifft und was sie aufgrund des Auftrages des Einwohnerrats zu untersuchen respektive zu klären hatte.

Die GPK empfiehlt jedoch, dass die Stadt Liestal mit dem Kanton eine Leistungsvereinbarung abschliesst, in welcher die Form der Zusammenarbeit, die Zuständigkeiten bzw. die Verantwortlichkeiten festgehalten sind.

Der Antrag der GPK lautet:

Vom vorliegenden Bericht wird Kenntnis genommen.

GPK-Präsidentin Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) erklärt, die GPK habe am 25. Juni 2003 vom Rat den Auftrag erhalten, den Ursachen der seit dem Jahr 2000 sehr hohen Steuerausstände nachzugehen. Die Stadt Liestal erledige die Steuerveranlagung selber, habe aber den Steuerbezug ab 2001 an den Kanton delegiert. Der Grund für die Beibehaltung der Veranlagung sei mit der höheren Veranlagungsqualität begründet worden. Die Auslagerung des Inkassos habe zudem Anpassungen bei der Software eingespart. Dieses Vorgehen sei für die GPK richtig. Die mit dem Thema betraute Subkommission habe zu Vergleichszwecken Gespräche, z.B. mit Pratteln geführt. Dort sei die Handhabung genau umgekehrt. Die Begründung sei der bessere Kontakt mit der Einwohnerschaft. Beide Systeme hätten aber Vor- und Nachteile. Die Gründe für die hohen Ausstände seien die zeitweise ungenügende Kapazität bei der EDV des Kantons und die Umstellung auf die einjährige Veranlagung gewesen. Letztere habe bei den Steuerzahlern zu einer Verunsicherung und vorsichtigeren Vorauszahlungen geführt. Zudem hätten die Selbständigerwerbenden keine Steuerrechnungen erhalten. Die Ausstände betrügen aber auch in den anderen befragten Gemeinden zwischen 10 und 20 %. Liestal bewege sich also ungefähr im Mittelfeld. Zwischenzeitlich sei aber eine Besserung eingetreten und es seien, bedingt durch die niedrigen Zinsen, keine hohen Verluste zu beklagen. Weiter basiere die Zusammenarbeit mit dem Kanton auf Absprachen. Es seien keine schriftlichen Abmachungen vorhanden. Deshalb habe die GPK eine entsprechende Empfeh-

lung gemacht. Positiv sei auch gewesen, dass die GPK durch ihre Arbeit einen vertieften Einblick in die Verwaltung erhalten habe. Sie habe aber auch den Eindruck gewonnen, dass gewisse Probleme auf der Kommunikationsebene zwischen Stadt und kantonaler Steuerverwaltung bestünden und eventuell ein gewisser Vertrauensschwund zwischen den Beteiligten entstanden sei. Sie hoffe, dass der Bericht hier einen positiven Einfluss habe. Die GPK beantrage die Kenntnisnahme des Berichts.

Die FDP-Fraktion stellt folgenden Antrag: Der Stadtrat wird beauftragt, mit dem Kanton eine entsprechende Leistungsvereinbarung abzuschliessen.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) führt aus, die Ursachen für die Ausstände seien bekannt. Hauptsächlich hätten die Umstellung auf die einjährige Veranlagung und die technischen Probleme beim Kanton dazu geführt. Das Jahr 2003 stehe wieder auf einer guten Basis. Ihre Fraktion unterstütze die Empfehlung der GPK, danke für deren Arbeit und nehme den Bericht zur Kenntnis.

Elsbeth Meier (SP) erklärt, sie habe in der Subkommission mitgearbeitet. Diese habe in alle Unterlagen Einblick erhalten. Auch sämtliche gestellten Fragen seien bereitwillig beantwortet und die Umstände offen gelegt worden. Äussere Umstände hätten zu der Situation geführt. Die Steuerbehörde der Stadt Liestal arbeite gut und der Stadt seien durch die Verzögerungen keine nennenswerten Nachteile erwachsen. Die SP-Fraktion nehme den Bericht ebenfalls zur Kenntnis.

Andreas Zbinden (FDP) votiert, er sei mit dem Inhalt des Berichts einverstanden. Man hätte aber mit dem ausstehenden Geld einen Zinsertrag von gegen CHF 50'000.- erzielen können. Dieses Geld wäre für anderes erwünscht gewesen.

Peter Rohrbach (SP) äussert, die GPK habe sich eingehend in das Thema vertieft und könne allenfalls eine Empfehlung abgeben, bei welcher Grösse die Steuerausstände maximal liegen sollten. Eine solche Empfehlung wäre auch für die Arbeit der Fiko sehr hilfreich.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) dankt der GPK für deren umsichtige Argumentation. Es sei nun wichtig, eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton abzuschliessen.

Rolf Senn (FDP) erklärt, auch seine Fraktion nehme einstimmig vom Bericht Kenntnis. Zur Befürchtung der Zinsverluste könne er sagen, dass Kontokorrentzinsen zur Zeit nicht bei 2 %, sondern bei ½ % lägen. Dies mache also lediglich einige Tausender aus. Man könne allenfalls diskutieren, ob dieser Verlust zulasten des Kantons gehen sollte. Aber ohne Vereinbarung lasse sich hier kaum etwas erreichen. Eine Leistungsvereinbarung sei auch das Mittel, um einen Grenzwert festzulegen. Die Materie sei auch für die GPK zu komplex, um hier eine Limite zu definieren. Zudem sei dies auch nicht die Aufgabenstellung gewesen.

Bernhard Fröhlich (FDP) weist auf den Umstand hin, dass die Stadt hier einen Auftrag ohne klares Vertragsverhältnis erteilt habe und wünscht Auskunft darüber, ob auch noch andere Aufträge nach aussen ohne Verträge erteilt worden seien.

Stadtpräsident Marc Lüthi erklärt betreffend Zinsverlust, es sei klar, dass der Stadtrat um jeden Franken kämpfe. Die Frage der Grenze habe er auch mit einem Finanzexperten des Kantons diskutiert. Die Erwartung sei, dass diese sich bei ca. CHF 3 Mio. einpendle. Weiter sei das Verhältnis mit dem Kanton ein anderes, als mit privaten Auftragnehmern. Bei allen anderen werde immer ein sauberer Leistungsauftrag erstellt. Die Empfehlung der GPK werde vom Stadtrat aber entgegen genommen und eine Vereinbarung mit dem Kanton abgeschlossen. Das Beziehungsnetz sei im Bereich der Steuern aber vielfältig.

Ernst Bürgin (SP) weist darauf hin, die Fiko habe in ihrem Bericht geschrieben, dass in der Rechnung 2002 Abschreibungen für diese Ausstände nötig seien. Dies habe eine falsche Stimmung erzeugt. Der Bericht der GPK beruhige nun. Das Fazit sei, dass man das Misstrauen gegenüber der Exekutive und der Verwaltung auch übertreiben könne. Dies gelte es zu überlegen. Der gut ausgebildete Buchhalter und die Fachleute der Visura hätten bestätigt, dass alles korrekt gelaufen sei und keine Ausstände zu erwarten seien. Der Bericht der GPK sei gut, wäre aber nicht nötig gewesen.

Hanspeter Mohler (FDP) möchte wissen, wie lange es gehe, bis das Geld zurück komme.

Daniel Schwörer (FDP) findet den Bericht nicht unnötig. Der GPK sei die Oberaufsicht übertragen. Es sei gut, wenn diese festgestellt habe, dass richtig gearbeitet worden sei. Ein weiterer guter Effekt des Berichts sei das Aufzeigen, dass das System eventuell nicht gut sei. Das Beispiel von Pratteln wäre nach dem Subsidiaritätsprinzip richtiger. Von der fachlichen Seite her sei es richtig, dass das Veranlagen wichtiger sei, als der Einzug. Pratteln habe hier das Fachwissen eingekauft, stelle aber die Zahlungen selber sicher. Er weise auf das Problem der Verlustscheinbewirtschaftung hin. Der Kanton sei sicher nicht nachlässig, aber hier gehe es auch um kommunale Gelder. Das Pratteler Modell wäre besser und ergäbe eine bessere Einsicht in den Zahlungsverkehr. Es gehe nicht darum unbedingt etwas neues zu lancieren, sondern die Prüfung der GPK zu nutzen, um sich diese politische Frage zu stellen. Vielleicht gebe es gute Gründe für einen Systemwechsel, dies wolle er an die Adresse des Stadtrates anregen.

Hans Brodbeck (FDP) betont, der Ausstand von CHF 9,4 Mio. sei unerhört hoch. Der GPK-Bericht verharmlose ein wesentliches Problem. Es sei lediglich der Zinsverlust erwähnt worden, aber für die Stadt bedeuteten die Ausstände auch einen Liquiditätsverlust und hier bestünden ganz andere Zinsen. Es gehe also um wesentlich höhere Beträge. Weiter steige das Risiko, je länger eine Schuld bestehe, dass das Geld tatsächlich noch komme. Bei alten Steuerausständen erhöhe sich das Risiko. Die Abschreibungen lägen hier in Liestal jährlich bei ca. CHF 300'000.-. Der Antrag seiner Fraktion sei erfolgt, weil die FDP finde, dass die GPK hier zu wenig weit gegangen sei. Er bitte darum, diesem Antrag zuzustimmen.

Ernst Bürgin (SP) betont, die Abschreibungen seien in dem Betrag von CHF 9 Mio. enthalten. Es gebe keine zusätzlichen Kosten.

Stadtpräsident Marc Lüthi erklärt, die Revisionsstelle habe die Situation angeschaut. Er habe zudem selber gesehen, dass das Jahr 2001 jetzt vollständig abgerechnet sei und die Ausstände 2002 schon wesentlich kleiner seien. Der Grossteil der CH 9 Mio.

sei heute in der Kasse. Zum Votum von Daniel Schwörer könne er sagen, dass bei dem damaligen Entscheid auch die Fiko die Ansicht vertreten habe, dass es besser sei, wenn die Gemeinde das Steuersubstrat bearbeite. Pratteln habe den Ablauf seines Wissens aus einer Notsituation so geregelt. Der Stadtrat habe sich im Zusammenhang mit dem Finanzplan nochmals mit dieser Thematik beschäftigt und finde die heutige Regelung gut.

://: Vom vorliegenden Bericht wird grossmehrheitlich bei 1 Enthaltung Kenntnis genommen.

Dem Zusatzantrag der FDP-Fraktion "Der Stadtrat wird beauftragt, mit dem Kanton eine entsprechende Leistungsvereinbarung abzuschliessen." wird mit grossem Mehr bei 1 Enthaltung zugestimmt.

272 L.2.2.3 Gemeindeliegenschaften und Grundstücke: Schulbauten, Turn- und Sportanlagen, Spielplätze

4. Bericht des Stadtrates betreffend Sport- und Volksbad Gitterli AG - Betriebsbeiträge 2004 - 2006 (Nr. 03/154)

Von der FDP-Fraktion liegt ein Antrag auf Überweisung an die Fiko vor.

Werner Spinnler (FDP) erklärt dazu, seine Fraktion habe sich intensiv mit der Vorlage befasst. Der seinerzeitige Volksentscheid habe eine Regelung bis 2004 beinhaltet. Deshalb müsse die Situation nun neu betrachtet werden. Es sei nicht klar, wer mit den umliegenden Gemeinden verhandle. Zudem gelte es, weitere Ideen zu entwickeln, wie die Bäder zu Geld kommen könnten. CHF 200'000.- seien ein wesentlicher Betrag für Liestal. Deshalb solle sich die Fiko nochmals eingehend mit der Situation befassen.

Adrian Mächler (FDP) ergänzt, man habe sich zuerst gefragt, ob die Vorlage unter Termindruck stehe und deshalb bei der Leitung der Bäder nachgefragt. Dort habe man aber erwartet, dass das Geschäft von der Fiko vorgeprüft werde.

Fiko-Präsident Peter Rohrbach (SP) möchte klarstellen, was die Fiko prüfen kann. Sie könne der Frage nachgehen, warum eine Verlängerung der bisherigen Lösung bis 2006 beantragt werde und ob dahinter vielleicht der Gedanke an einen Dauerauftrag stecke. Weiter habe die Stadt CHF 1,7 Mio. in Aktien der Bäder AG investiert, das nötige Geld aber aufgenommen. Die effektiven Kosten für die Stadt seien deshalb höher. Auch der Frage, ob eine lineare Abschreibung auf 20 Jahre hinaus sinnvoll sei, könne die Fiko nachgehen. Die Bäder seien eine hochtechnische Anlage, weshalb eventuell eine raschere Abschreibung nötig sei. Eine Prüfung der politischen Dimension müsse allerdings der GPK überlassen werden.

Daniel Schwörer (FDP) wendet ein, die Fiko prüfe, was die Kommissionsmehrheit als prüfenswert befinde. Er wolle hier nicht schon vorab eine präsidiale Eingrenzung präsentiert bekommen. Von der Fiko werde erwartet, dass diese alle finanzpolitischen Aspekte des Geschäftes prüfe.

Philipp Senn (SP) fragt an, wie es mit der Termindringlichkeit aussehe.

Stadtrat Lukas Ott antwortet, wenn Bedarf zur Erörterung weiterer Punkte bestehe, dann sei der Rat frei. Der Termindruck sei nicht relevant. Es sei aber angesichts der heutigen Diskussion des Finanzplanes und der demnächst erfolgenden Budgetdiskussion wichtig zu wissen, dass der Stadtrat den Betrag in Voraussicht darin aufgenommen habe. Das Geschäft müsse aber als Sondervorlage entschieden werden. Der Einwohnerrat vergebe sich nichts, wenn das Geschäft in der Fiko detailliert vorbereitet werde und der Stadtrat habe nichts dagegen.

Philipp Senn (SP) äussert, es gehe schlussendlich doch um den politischen Entscheid, ob die Bäder der Stadt so viel wert seien oder nicht. Es bringe nicht viel, wenn die Vorlage durch die Fiko gehe, man komme um den Entscheid nicht herum.

://: Die Überweisung an die Fiko erfolgt mit 23 gegen 5 Stimmen, bei 5 Enthaltungen.

273 V.1.4. Gemeinschaftsantenne

5. Bericht des Stadtrates betreffend Gemeinschaftsantennenanlage - Totalrevision des Reglementes über die Gemeinschaftsantennenanlage (GGA-Reglement) / Teilrevision des Verwaltungs- und Organisationsreglementes (Nr. 03/153)

Bei diesem Geschäft tritt Adrian Mächler (FDP) in den Ausstand.

Das Ratsbüro beantragt die Überweisung der Vorlage an die Spezialkommission GoR.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) erklärt, ihre Fraktion stimme der Vorprüfung durch die GoR zu.

Daniel Schwörer (FDP) äussert, als GoR-Präsident würde er sich glücklich schätzen, das Geschäft zu übernehmen.

Marie-Therese Beeler (GL/Fraumättler) betont, sie sei glücklich, dass sie nicht nochmals in der Fragestunde nach dem Geschäft fragen müssen. Sie danke auch, dass das Geschäft auf den ersten Blick gut entgegen komme und nicht nur dem Leistungserbringer, sondern auch den Leistungsempfängern gerecht werde. Es sei aber gut, die Vorlage im Detail durch die GoR prüfen zu lassen.

://: Das Geschäft wird einstimmig zur Vorberatung an die Spezialkommission GoR überwiesen.

274 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

6. Postulat von Astrid Basler namens der Fraktion GL/Fraumättler betreffend Prüfung Ausgestaltung Rathausstrasse und Zeughausplatz (Nr. 03/150)

Stadtrat Heiner Karrer erklärt, der Stadtrat sei nicht bereit, das Postulat zu übernehmen. Der Grund dafür sei, dass das Geschäft nicht im Finanzplan enthalten sei und es um CHF 1,7 Mio. gehe. Zudem sei die Frage schon im Einwohnerrat diskutiert und dem Stadtrat ein Auftrag zur Erarbeitung eines Freiraumkonzeptes erteilt worden. Dieses sei vom Einwohnerrat gutgeheissen, aber vom Stimmvolk abgelehnt worden. Im vorliegenden Postulat stehe dazu zwar das Wort leider, er erinnere aber daran, dass damals die Grünen zu den Gegnern des Projekts gehört hätten. Das Konzept sei vorhanden, nicht aber das Geld. Wenn unterwegs ein alternatives Finanzierungskonzept auftauche, dann werde der Stadtrat das Projekt realisieren. Das Konzept sei vorhanden, aber das Geld fehle.

Astrid Basler (GL/Fraumättler) führt aus, ihr Anliegen sei, das Thema wieder einmal anzudiskutieren. Es zeige sich, dass ein solches Vorhaben in Liestal nur zu verwirklichen sei, wenn dieses im Zusammenhang mit Sanierungsmassnahmen erfolgen könne. Sie habe den Wunsch, dass die Neugestaltung Stück für Stück realisiert werde. Sie habe klare Visionen, wie der Rathausstrasse und dem Zeughausplatz ein neues Gesicht gegeben werden könne. Ihr sei klar, dass dieses Thema hinlänglich bekannt sei, sie wolle das Anliegen aber wieder konkreter werden lassen. Im Zeitplan bis 2008 sei dies kaum zu realisieren, aber man müsse die Ideen jetzt schon entwickeln, um diese später im geeigneten Zeitpunkt umzusetzen. Bei künftigen Sanierungen die Umgestaltung der Rathausstrasse Stück für Stück zu realisieren, werde das Projekt billiger machen. Mit dieser Umgestaltung würden mehr Leute ins Stedtli gelockt, die historischen Plätze würden aufgewertet und der Zeughausplatz könnte ein Begegnungsort für Jung und Alt werden. Sie sehe auch schon die Fassade des Rathauses, die mit einem Platz, beispielsweise analog dem Lüdin-Brunnen, unterstrichen werden könnte. Es gehe darum, mit einfachen Mitteln Vorhandenes auszus schöpfen und das Stedtli in Etappen zu sanieren. Der Startschuss dazu müsste mit ohnehin nötigen Sanierungsarbeiten fallen. Ihr Ziel sei, dass sich etwas bewege und Synergien geschaffen würden. Vielleicht sei es auch in Zusammenarbeit mit dem Stadtbauamt und der Altstadtkommission möglich, gute und günstige Lösungen zu erzielen.

Ernst Burkhardt (SP) erinnert daran, dass es in der Vergangenheit nicht nur ein Projekt, sondern schon ein früheres mit ganz anderer Gegnerschaft gab. Dieses hätten vor allem die Gewerbetreibenden in der Altstadt bekämpft. Astrid Basler wünsche ein sehr pragmatisches Vorgehen, das aber zu einem Flickwerk führen würde. Wenn der Stadtrat das Postulat nicht entgegen nehme und trotzdem guten Willens sei, dann sei einiges an Veränderung möglich. Eine Veränderung stehe und falle mit der Initiative des Stadtrates.

Paul Lüscher (FDP) erklärt, seine Fraktion sei gegen eine Überweisung. Der Rat habe diese Redeschlacht schon früher erlebt, beim Kreditbegehren von CHF 1,7 Mio. Es liege an den Kosten. Ein anderer Kämpfer für das Stedtli sei Felix Mühleisen mit seinen Forderungen. Das Thema sei ein Dauerbrenner, aber ohne Geld sei nichts zu machen.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) führt aus, seine Fraktion wüsste sich auch ein attraktiveres Stedtli. Es sei aber kein Geld dafür vorhanden. Deshalb stimme die Mehrheit der Fraktion gegen die Überweisung.

Ernst Bürgin (SP) findet, man müsse auch das Verhältnis zu den Investitionen, welche die BPK aufgezeigt habe, betrachten.

Stadtrat Heiner Karrer betont nochmals, er wüsste sich eine Verschönerung sehr, diese werde vom Stadtrat auch nicht in Frage gestellt. Bisher seien aber alle Projekte abgelehnt worden, immer mit der Begründung, dass andere Dinge noch wünschbarer seien. Wenn der Stadtrat andere Mittel sehe, um das Konzept zu finanzieren, dann werde er dies tun. Die jetzige Finanzlage ertrage das Projekt aber nicht.

://: Das Postulat wird mit 22 gegen 6 Stimmen nicht an den Stadtrat überwiesen.

275 G.2.C. Gemeindeorganisation und Verwaltung - Vorschriften, Reglemente

7. Berichte des Stadtrates und der Spezialkommission GoR betreffend Teilrevision Gemeindeordnung - Umsetzung des kantonalen Bildungsgesetzes vom 06.06.2002 hinsichtlich Organisation und Wahl der Behörden (Nr. 03/151): 2. Lesung

Der Einwohnerrat hat an seiner heutigen Sitzung unter Traktandum 1 dem Geschäft in 1. Lesung zugestimmt.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Geschäft.

://: Die Änderung der Gemeindeordnung in der in der 1. Lesung genehmigten Fassung wird auch in 2. Lesung einstimmig beschlossen.

276 G.2.5.5. Orientierung und Information: Anfrage und Auskünfte

8. Fragestunde

1. und 2. Frage, Pascal Porchet (FDP) und Walter Gudenrath (SP): Die Eingangstür zum Rathaus auf der Seite Rathausstrasse musste seinerzeit aus Sicherheitsgründen für den Publikumsverkehr geschlossen werden. Ist die Lage immer noch so gefährlich, dass die Türe geschlossen bleiben muss, oder kann sie tagsüber wieder geöffnet werden?

Stadträtin Marliese Zimmermann antwortet, die Türe werde geschlossen bleiben. Nach dem Bedrohungsfall im 2002 und verschiedenen Vorfällen an anderen Orten habe auch der Kanton zu diesem Schritt geraten. Der Eingang Salzgasse sei hell und übersichtlich. Es seien auch noch andere Massnahmen im Haus getroffen worden, z.B. Knöpfe anstatt der bisherigen Türfallen an sämtlichen Türen, Sicherheitschalter bei den Sozialen Diensten und Alarmknöpfe mit Verbindung zur Kantonspolizei an gewissen heiklen Stellen.

1. Zusatzfrage, Werner Spinnler (FDP): Vom Stadtrat wurde in diesem Zusammenhang ein Sicherheitskonzept angekündigt. Wie ist der aktuelle Stand?

2. Zusatzfrage, Adrian Mächler (FDP): Es handelt sich hier um ein öffentliches Gebäude mit hohen Sicherheitsanforderungen. Ist die Türe von innen nach aussen benutzbar?

Stadträtin Marliese Zimmermann bestätigt, sämtliche Türen seien von innen nach aussen begehbar. Das Sicherheitskonzept sei in Bearbeitung. Durch die Zusammenlegung der Bereiche Zentrale Dienste und Finanzen werde im Moment noch zugewartet. Mit den bisher getroffenen Massnahmen sei die Situation momentan aber in Ordnung. Der Stadtrat sei zudem nach wie vor der Meinung, dass das Rathaus, anders als in anderen Gemeinden, ein offenes Haus bleiben solle. Aber das versprochene Konzept komme.

3. Zusatzfrage, Lukas Flüeler (GL/Fraumättler): Hat der Stadtrat überlegt, ob hier nicht ein falsches Signal der Überängstlichkeit gesendet wird?

Stadträtin Marliese Zimmermann erklärt, dies wäre der Fall, wenn das Thema täglich auch in den Medien präsent wäre, was aber nicht so sei. Es sei klar, dass eine Restgefahr bleibe, aber nichts zu unternehmen wäre unverantwortlich.

3. Frage, Walter Gudenrath (SP): Im Liestal Aktuell vom 30. Oktober wurde durch das Stadtbauamt orientiert, dass eine Durchfahrtsperre an der Nelken-/Allmendstrasse eingerichtet wird. Anwohner der Spitteler- und Rehhagstrasse baten den Stadtrat vor einiger Zeit, ebenfalls an der Spittelerstrasse Massnahmen zu ergreifen, um den Schleichverkehr zu unterbinden. Warum kann an der Spittelerstrasse nicht ebenso eine Sperre eingerichtet werden, wie an der Nelken-/Allmendstrasse?

Stadträtin Marliese Zimmermann erklärt, das Thema sei Jahrzehnte alt. Eine erste Massnahme sei in den 60er Jahren mit der Verbreiterung der Langhagstrasse ergriffen worden. Diese habe aber nicht gereicht und Ende der 90er Jahre habe die Stadt wiederum Briefe erhalten. Daraufhin habe die Stadt, in Absprache mit den Betroffene

nen, weitere Massnahmen mit zusätzlichen Signalisationen und baulichen Hindernissen getroffen. Neu sei eine Einwohnerratsvorlage für Tempo 30 im Burgquartier in Arbeit. Eine gänzliche Schliessung der Spittelerstrasse sei aber nicht möglich und Zubringerdienst wolle Liestal generell nicht.

3. Frage, Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP): Warum wird man eingangs Liestal nicht durch eine Willkommenstafel herzlich begrüsst? Dies wäre ein schönes Signal, nicht nur für Touristen.

Stadtrat Ruedi Riesen findet dies eine gute Idee. Es sei zwar nichts dafür im Budget eingestellt. Vielleicht könne aber z.B. im Rahmen eines Schulwettbewerbs eine gute Idee kreiert werden.

4. Zusatzfrage, Hans Brodbeck (FDP): An den Einfahrtstrassen gibt es Tafeln, die jeweils auf die Märkte in Liestal hinweisen. Könnte man nicht hier in den übrigen Zeiten mit Wechseltafeln etwas realisieren?

Stadtrat Ruedi Riesen sichert zu, die Idee zu prüfen.

4. Frage, Orla Oeri-Devereux (SP): Der Kanton sucht fünf Pilotgemeinden für das Förderprogramm "Impuls 21", das eine nachhaltige Entwicklung des Kantons bzw. der Gemeinden fördern soll. Der finanzielle Aufwand wird vom Kanton übernommen (gemäss BaZ vom 28. Oktober 2003). Gedenkt der Stadtrat Liestal sich für das Förderprogramm Impuls 21 anzumelden?

Stadtpräsident Marc Lüthi antwortet, die sei der Fall. Der Stadtrat habe die Anregung aufgenommen und die Anmeldung sei bereits erfolgt. Ob Liestal als Pilotgemeinde ausgewählt werde, müsse sich zeigen. Beim Thema Nachhaltigkeit, das der Stadtrat verfolge, müsse dieser Schritt logischerweise gemacht werden.

5. Frage, Werner Spinnler (FDP): Zusätzlicher Schulraum im Rotackerschulhaus - Wie weit sind die Verhandlungen mit dem Kanton? Ist die Annahme richtig, dass sich die Stadt auf keinen Fall an der Finanzierung beteiligen wird?

Stadtrat Lukas Ott erklärt, das Problem sei, dass der Kanton die Schulhäuser noch nicht übernommen habe. Wann die Übernahme erfolge, wisse niemand. Im Rotacker bestehe ein akutes Bedürfnis nach fünf zusätzlichen Klassenräumen ab Sommer 2004. Beim Kanton sei dies klar und es hätten intensive Verhandlungen für ein Provisorium begonnen. Diese seien noch nicht abgeschlossen. Der Terminplan für die Errichtung eines Pavillons sei aber vorhanden. Die Planung sehe vor, dass im Januar oder Februar 2004 eine entsprechende Einwohnerratsvorlage erfolge, welche die nötigen Punkte regle.

6. und 7. Frage, Rolf Senn (FDP) und Hans Brodbeck (FDP): Nachts treten im Parkhaus Bücheli technische Probleme auf. Schranken können nicht geöffnet werden, die Gegensprechanlage funktioniert schlecht, keine Verständigung ist die Folge. Was gedenkt der Stadtrat zu veranlassen? Ebenfalls unbefriedigend ist die Kassensituation. Wenn diese defekt ist, können die Autos das Parkhaus nicht verlassen. Kann der Stadtrat auf die Parkhaus Bücheli AG einwirken, damit eine zweite Kasse installiert wird?

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, eine zweite Kasse sei schlecht, weil zu teuer. Die Machbarkeit werde aber geprüft. Die nächtlichen Benutzer seien aber zu rar, das Parkhaus werde nachts selten benutzt. Man habe mit einer renomierten Firma die Anlage eingebaut und diese funktioniere in den meisten Fällen. Man versuche nun mit allen Mitteln, die vorhandenen Probleme zu verhindern. Er sei kürzlich selber in der Situation gewesen, dass die Schranke nachts nicht funktioniert habe. Er sei aber mit der Sprechanlage verstanden worden. Eine zweite Kasse müsste betriebswirtschaftlich sein. Man sei laufend daran, mit der Lieferfirma zusätzliche Verbesserungen zu erzielen. Ein Pikettdienst für Pannen sei aber vorhanden.

8. Frage, Adrian Mächler (FDP): Sind Erfolge bei der Parkplatzbewirtschaftung sichtbar, seit der dritte Stadtpolizist angestellt wurde?

Stadträtin Marliese Zimmermann antwortet, dies sei der Fall. Der Rahmen dazu sei einerseits die Umsetzung des Parkierungskonzeptes mit neuen Gebühren und andererseits die Durchführung von vermehrten Kontrollen. Sie habe heute die neuesten Zahlen erhalten. Bei den Parkuhren seien 2001 total CHF 513'000.- eingenommen worden. Für 2003 lägen die Erwartungen bei CHF 710'000.-. Die Nachtparkgebühren hätten 2001 CHF 99'000.- eingebracht, für 2003 würden CHF 130'000.- erwartet. Die Bussengelder seien etwa doppelt so hoch gegenüber früheren Jahren. Diese Zahlen seien jedoch bei der Kantonspolizei nicht so schnell erhaltbar gewesen. Die finanzielle Verbesserung sei jedoch nicht das Argument für die Anstellung des dritten Stadtpolizisten gewesen. Die neu geschaffene Leitung Stadtpolizei bringe vermehrt auch eine bessere Aufgabenerledigung in den Bereichen Sicherheit und Ordnung.

9. Frage, Pascal Porchet (FDP): Wann wird die dritte Etappe der Überbauung Untere Grosse Matt realisiert? Wie ist der aktuelle Stand?

Stadtrat Heiner Karrer erklärt, die Frage sei ordnungspolitisch bedenklich, da die Stadt sich nicht in private Angelegenheiten einmischen dürfe. Er wisse nichts über den aktuellen Stand. Wenn die Stadt jedoch behilflich sein könne, um den Baubetrieb wieder zu starten, dann sei sie dazu bereit. Er habe aber keine Informationen.

10. Frage, Peter Furrer (SVP/CVP/EVP): Im Landrat wurden kürzlich Postulate zur Tieflage der Bahn 2000 abgelehnt. Wie will der Stadtrat auf diese Abfuhr reagieren und wie beurteilt er die Möglichkeit, die Tieflage trotzdem in der weiteren Planung zu berücksichtigen?

Stadtrat Heiner Karrer führt aus, der Stadtrat sei über den Entscheid sehr enttäuscht. Er habe aber die Hoffnung, bei einer weiteren Abstimmung vielleicht eine Mehrheit zu erreichen, da der Entscheid sehr knapp gefallen sei. Der Stadtrat werde gegenüber dem Landrat seine Enttäuschung kund tun. Er werde sich kooperativ zeigen, aber auch den Wunsch nach einem Ernstnehmen der Anliegen Liestals fordern. Weiter werde dem Einwohnerrat demnächst eine Vorlage zur überwiesenen Motion 03/134 vorgelegt.

11. Frage, Adrian Mächler (FDP): Fussgänger vom Gymnasium auf der Tiergartenstrasse - Bei Schulschluss ist es für die Anwohner nicht möglich, mit dem Auto zu ihren Liegenschaften zu fahren. Was unternimmt die Gemeinde mit dem Kanton zur Verbesserung der Situation?

Stadträtin Marliese Zimmermann äussert Verständnis für den Unmut. Es wäre einiges an Massnahmen möglich, aber die Schüler würden sich wohl kaum an Vorschriften halten. Dies sei ein typisches Beispiel einer Mischfläche, auf der keine Unfälle passierten. Der beste Weg sei, als Automobilist freundlich zu sein und etwas Verständnis und Toleranz für die Jugend zu haben. Wenn dies deren einziger Fauxpas sei, dann sei es eine gute Jugend.

5. und 6. Zusatzfrage, Adrian Mächler (FDP) und Hanspeter Mohler (FDP): Der Fauxpas liegt nicht bei den Schülern, sondern beim Kanton. Ein weiteres Problem sind die Velofahrer die sich nicht an die Einbahnsignalisation halten und, meist ohne Helm, die Strasse hinunter fahren. Diese Leute sind in der Regel uneinsichtig, hier brauchte es eine gewisse Repression.

Stadträtin Marliese Zimmermann antwortet, dies sei allerdings eine Frage der Sicherheit, für die sie Verständnis habe. Sie werde intensivere Kontrollen überlegen und das andere Anliegen an den Kanton weiterleiten.

277 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

9. Postulat von Lukas Flüeler (GL/Fraumättler) betreffend urwaldfreundliche Gemeinde ufG (Nr. 03/155)

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Die Schweiz hat die Agenda 21, das Programm für eine nachhaltige Entwicklung des 21. Jahrhunderts, unterschrieben. Damit sind die Gemeinden und Städte verpflichtet, im Rahmen einer Lokalen Agenda21 ihren Teil zu einer nachhaltigen Entwicklung beizutragen. Dies besagt, nur so viele Ressourcen zu nutzen, dass auch spätere Generationen ein menschenwürdiges Leben haben werden. Die Urwaldfreundliche Gemeinde ist ein konkreter, lokaler Beitrag zum globalen Urwaldschutz.

Warum Urwälder schützen? *Urwälder sind wichtig für den globalen Wasserhaushalt und für das Klima. Und sie sind Lebensraum für Millionen von Menschen, Tieren und Pflanzen. Urwälder gehören zu unserer Lebensgrundlage. Sie sind bedroht: alle zwei Sekunden wird Urwald in der Grösse eines Fussballfeldes (Gitterli) unwiderruflich zerstört.*

Wie kann man in der Schweiz Urwald schützen? *Die Gründe der Urwaldzerstörung "dort" liegen "hier": Urwaldholz findet Verwendung in so alltäglichen Produkten wie Kopier- oder WC-Papier, Türen, Spanplatten Fensterrahmen und Besenstielen. Unnötigerweise, denn urwaldfreundliche Alternativen gibt es.*

In der Schweiz haben sich 350 Gemeinden und 6 Kantone, darunter der Kanton Baselland und bereits 22 Baselbieter Gemeinden, der Erklärung des Bruno-Manser-Fonds, zur "urwaldfreundlichen Gemeinde" angeschlossen. Die Stadt Liestal ist noch nicht Mitglied.

Was ist das Ziel? *Die Stadt Liestal unterzeichnet die Erklärung "urwaldfreundliche Gemeinde" (ufG) des BrunoManser-Fonds, vollzieht die Verpflichtungen und hält sie aufrecht.*

Wie sehen die Verpflichtungen aus? *Urwaldfreundlich heisst, dass die Stadt bei Bauten und Mobiliarbeschaffung auf Holz und Holzprodukte aus Raubbau verzichtet. Sie verwendet statt dessen FSC-zertifiziertes Holz und / oder Holz aus der Schweiz oder dem benachbarten Ausland. Zudem verwendet die Stadtverwaltung und alle daran Angeschlossenen Betriebe und Stadteigenen Institutionen, wann immer möglich Recyclingpapier und bemüht sich um eine generelle Senkung des Papierverbrauchs. Es geht dabei nicht um die Reinheit der Lehre, sondern ums Prinzip: Wann immer möglich urwaldfreundlich, Ausnahmen erlaubt.*

Urwaldfreundlichkeit bei:

Papier und Papierprodukten

Verbrauchsmaterialien (Büromaterial, Werkholz...)

Ausstattung, Mobiliar

Bau-, Instandhaltungs- und Renovierungsmassnahmen

Antrag:

- 1. Die Stadt Liestal unterzeichnet die Erklärung "urwaldfreundliche Gemeinde" des Bruno-Manser-Fonds.*
- 2. Der Stadtrat führt die daran gebundenen Verpflichtungen ein und überprüft deren Aufrechterhaltung.*

Lukas Flüeler (GL/Fraumättler) verzichtet auf eine mündliche Erklärung, weist aber darauf hin, dass die Homepage www.urwaldfreundlich.ch weitere Auskünfte gebe.

278 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**10. Dringliche Interpellation von Hans Brodbeck (FDP)
betreffend Plangenehmigung für die Lärmsanierung der
Eisenbahn (Nr. 03/156)**

**11. Dringliche Interpellation von Paul Pfaff und Stefan Saladin
namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend
Lärmschutzwände Bahnhof Liestal bis Altmarkt (Nr. 03/157)**

Die Interpellationen haben folgenden Wortlaut:

Plangenehmigung für die Lärmsanierung der Eisenbahn

Vom 3. November bis zum 2. Dezember 2003 läuft das Plangenehmigungsverfahren für die Lärmsanierung der Eisenbahnlinie zwischen Liestal und Lausen. Geplant sind 2 Meter hohe Lärmschutzwände zwischen dem Bahnhof Liestal und der Gemeindegrenze Lausen.

Dieses Projekt hat Auswirkungen auf das Ortsbild, speziell im Bereich des Burgeinschnittes, wo beidseitig, unmittelbar an der Geländekante, Lärmschutzwände montiert werden sollen.

Obwohl der Schutz vor Lärm nötig und an sich unbestritten ist, sind die AnwohnerInnen entlang des Burgeinschnittes wie auch BewohnerInnen des Burgquartiers, schockiert über die von der SBB vorgeschlagene Radikallösung, welche weder städtebaulichen noch ästhetischen Ansprüchen genügen kann.

Im Amtlichen Mitteilungsblatt vom 30. Oktober 2003 (Liestal aktuell) nimmt das Stadtbauamt Stellung zum Plangenehmigungsverfahren und bestätigt die weitreichenden Konsequenzen. Es weist aber darauf hin, dass die Lärmschutzwände entlang des Burgeinschnittes verlegt werden können und es erwähnt eine Arbeitsgruppe welche nach besseren Lösungen sucht. Diese Mitteilung erweckt den Eindruck, die Stadt habe alles im Griff.

Ich bitte den Stadtrat folgende Fragen zu beantworten:

- Steht bereits fest, dass eine vom aufgelegten Projekt abweichende Lösung technisch realisiert werden kann, und welche Chance sieht der Stadtrat für einen städtebaulich und ästhetisch besseren Lärmschutz im Burgeinschnitt?*
- Trifft es zu, dass die einspracheberechtigten AnwohnerInnen, **unabhängig von den Bemühungen des Stadtrates und des Stadtbauamtes**, Einsprache gegen das laufende Plangenehmigungsverfahren erheben müssen?*
- Wird das Stadtbauamt oder der Stadtrat die Einspracheberechtigten auf die Bedeutung ihrer Einsprache hinweisen und ist vorgesehen, ihnen bei der Formulierung der Einsprachen behilflich zu sein?*
- Wie ist die erwähnte Arbeitsgruppe zusammengesetzt und welche Kompetenzen hat sie?*

Lärmschutzwände Bahnhof Liestal bis Altmarkt

Die Anwohner haben sich, nach einem Informationsaustausch betreffend der von der SBB projektierten Lärmschutzwände, mehrheitlich gegen die geplante Lärmschutzsanierung ausgesprochen.

Einsprachen werden gemeinsam von den Anwohnern des Quartiers Burgeinschnitt eingereicht.

Sicher braucht es den Willen und den Einsatz aller Beteiligten, d.h. der kommunalen und kantonalen Instanzen, der betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern sowie der SBB, innert nützlicher Frist, zu allseits tragbaren und vertretbaren Lösungen zu kommen.

Wir haben an den Stadtrat folgende Fragen:

- *Wie stellt sich der Stadtrat zu dieser Situation?*
- *Ist das Ortsbild von Liestal mit den 2 m hohen Lärmschutzwänden nicht in Gefahr?*
- *Kommen beim Burgeinschnitt die Lärmschutzwände direkt oben auf die Böschung zu stehen?*
- *Wird sich der nächtliche Güterverkehr nicht verdoppeln - also mehr Lärmbelastung?*
- *Ist die Stadt Liestal bereit, Einsprache gegen das geplante Bauvorhaben zu erheben? Wenn ja, in welcher Form?*

Stadtrat Heiner Karrer erklärt, bis zum 2. Dezember 2003 laufe die Auflagefrist für das Projekt und seien die Pläne zur Einsichtnahme auf den Gemeindeverwaltungen der betroffenen Gemeinden aufgelegt. Diese werde vom Bundesamt für Verkehr durchgeführt. Es sei ein grosses Dossier, das ein intensives Studium verlange. Es zeige die Situation vor und nach der Lärmsanierung auf. Vor den Sommerferien sei dazu eine Veranstaltung durchgeführt worden, welche aber schlecht besucht gewesen sei. In der Interpellation von Paul Pfaff werde als erstes die Frage gestellt, wie sich der Stadtrat zu dem Thema stelle. Der Stadtrat habe zwei Seelen in seiner Brust. Er begrüsse, dass auch die SBB Massnahmen zur Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften treffen müssten, bedaure andererseits aber die Auswirkungen auf den Städtebau und die Ästhetik. Die geplanten Wände seien nicht sehr schön. Das Beispiel Wiedenhub zeige als Folgen Sprayereien und Dreck. Dies trage zu einer "Verslumung" des Siedlungsgebiets bei. Diese Problematik sei bei der Erstellung neuer Lärmschutzwände besser zu lösen. Der Stadtrat habe eine Arbeitsgruppe eingesetzt, welche die städtebauliche Verträglichkeit sichere. Die Mittel der SBB seien beschränkt, die Rückmeldungen der Planaufgabe bewirkten aber allenfalls noch eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Thema, damit nicht eine 08.15-Lösung komme, die das Stadtbild verschandle.

Das Projekt lasse sich in drei Abschnitte unterteilen. Das erste Stück von der Gemeindegrenze bis zum Altersheim Frenkenbündten werde mit zwei Meter hohen Wänden bestückt. Hier werde man aber eine Begrünung fordern, damit diese nicht zu einem Schandfleck verkommen. Die Natur schaffe dies, brauche aber einige Zeit dazu, weshalb es zusätzliche aktive Massnahmen brauche. Der 2. Abschnitt sei der Burgeinschnitt, auf den die Wand aufgepflanzt werde. Die SBB gebe hier die

Auswahlmöglichkeiten von zwei Meter hohen Beton- oder Holzwänden. Damit werde Liestal aber in zwei Teile zerschnitten und die Quartiere würden getrennt. Die private Initiative der Bevölkerung zeige, dass diese damit nicht einverstanden sei. Beim dritten Abschnitt bis zum Bahnhof sei ein Lärmschutz nur in Richtung Schwieriquartier geplant. In Richtung Stedtli würden die Wände auf die Strassenmitte zu stehen kommen, weshalb im Projekt darauf verzichtet werde. Im Blick auf das Stedtli müsse aber ein Lärmschutz in beide Richtungen kommen. Die Arbeitsgruppe suche nach Verbesserungsmöglichkeiten für das Projekt und es zeichneten sich folgende ab: Der Bahndamm solle begrünt werden. Die Wände im Burgeinschnitt sollten in den Hang gebaut werden, damit eine möglichst wenig trennende Wirkung entstehe. Der Liestaler Ortskern habe nationale Bedeutung. Deshalb dürften die Wände nicht auf die Kante gebaut werden, damit der Sichtkontakt zwischen den Quartieren gewährleistet bleibe. Beim Bahnhof würden auch Richtung Stedtli Massnahmen gefordert. Diese müssten aber anders aussehen. Zusammenfassend sei zu sagen, dass die Wände in etwa so realisiert würden, und dass damit auch der Güterverkehr nachts zunehmen werde.

Zu den weiteren Fragen von Hans Brodbeck könne er sagen, dass der Umstand, dass aus den Informationen der Stadt nicht klar genug hervorgehe, ob auch Private Einsprachen machen müssten, im leid tue. Wenn Private Änderungswünsche am Projekt hätten, dann müssten sie sich aber aktiv dafür einsetzen. Private Anliegen zu vertreten, sei nicht Aufgabe der Stadt. Zudem würden Einsprachen allenfalls auch etwas kosten. Hingegen werde die Stadt eine Einsprache machen, die mindestens die drei erwähnten Punkte beinhalte. Weiter bestehe die eingesetzte Arbeitsgruppe aus den Herren Raoul Rosenmund, Markus Ruggli und Martin Hofer. Diese würden ihre erarbeiteten Unterlagen demnächst so aufbereiten, dass der Stadtrat darüber beschliessen könne. Auch der Stadtrat müsse sich an die eingangs erwähnte Frist halten. Betroffene könnten weiter auf dem Stadtbauamt Einsicht nehmen und ihre Fragen stellen. Schwieriger sei eine Mithilfe durch das Stadtbauamt beim Formulieren von Einsprachen. Die Arbeitsgruppe werde hier Hilfestellung geben und Rechtsauskünfte werde die Stadt beantworten.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) und Hans Brodbeck (FDP) danken dem Stadtrat für die erhaltenen Antworten und erklären sich davon befriedigt, wünschen jedoch die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Hans Brodbeck (FDP) bittet den Stadtrat, künftig darauf zu achten, dass nicht widersprüchliche Informationen an die Bevölkerung abgegeben würden. Stadtrat Heiner Karrer habe auf die Durchführung der Informationsveranstaltung im Juni hingewiesen. Die Besucher dieser Veranstaltung seien sich einig gewesen, dass Einsprachen von Anwohnern entlang des Burgeinschnitts wichtig seien. Die kürzlich vom Stadtbauamt im "Liestal Aktuell" veröffentlichte Stellungnahme sei aber so formuliert gewesen, wie wenn das Problem schon gelöst sei und dies sei unbefriedigend. Es sei mit keinem Wort mehr erwähnt worden, dass zuerst noch Einsprachen zum laufenden Verfahren nötig seien. Wenn diese aber nicht erfolgten, dann habe man auch keinen Anspruch zu einer Anhörung. Dies sei störend. Er sei aber froh um die heutigen Antworten.

Ernst Burkhardt (SP) weist darauf hin, dass im unteren Teil Liestals Lärmschutzwände bereits existieren würden. Diese seien im Zusammenhang mit

dem Streckenausbau ohne grosses Aufsehen gebaut worden. Er habe dazu nie etwas Negatives gehört und die Wirkung in Sachen Lärmschutz sei toll. Es sei wichtig, das aufgelegte Projekt eng zu begleiten und zu optimieren. Die Bahnlinie durch Liestal liege aber eben weitgehend auf einem Damm. Die zusätzliche Höhe durch die Lärmschutzwände sei wohl eine Frage der Gewohnheit. Die Situation werde aber lärmässig sehr viel angenehmer und mit dem neuen Rollmaterial noch mehr. Deshalb sei dies ein wichtiges Anliegen. Zum Votum von Stadtrat Heiner Karrer betreffend "Verslumung" müsse er aber betonen, dass er sich darunter etwas anderes vorstelle. Am Ausdruck "Verslumung" hänge auch noch ein sozialer Aspekt und Kriminalität und Gewalt dran. Er bitte darum, den Begriff in diesem Kontext nicht zu verwenden. Das Wiedenhubquartier sei kein Slum. Die erwähnten Begleiterscheinungen seien nicht schön, man könne die Sache aber auch anders angehen. Zudem habe das Wiedenhubquartier durch die Verkehrsberuhigung einige Aufwertung erhalten. Die stark befahrene Strasse würde mehr zu einem Slum beitragen.

Pascal Porchet (FDP) betont, es gelte die Wände in einer erweiterten Optik zu betrachten. Sie seien ein erster entscheidender Schritt zur Bestätigung der Niveaulage und gegen die Tieflage. Der Landrat habe kürzlich über Vorstösse zu diesem Thema abgestimmt und sich gegen die Tieflage ausgesprochen. Die Wände hätten hier eine Bedeutung. Sie würden Liestal in zwei Teile schneiden. Deshalb müsse man alles daran setzen, damit eine möglichst gute Lösung erzielt werden könne und Liestal das nötige Gewicht habe, um dem Landrat seine Situation begreiflich zu machen. Die Kosten dürften nicht oberste Priorität haben und könnten kein Argument sein. Aber momentan sei die Tieflage bereits gestorben.

Hanspeter Mohler (FDP) fragt an, welche Verbesserung in Dezibel die Wände bringen würden.

Stadtrat Heiner Karrer antwortet, er könne dies nicht aus dem Stand beantworten. Die Emissionsgrenzwerte, 60 db tagsüber und 55 db nachts, seien damit aber eingehalten. Dort wo dies nicht erreicht werde, erteilten die SBB Subventionen an den Einbau von Lärmschutzfenstern. Im Wiedenhubquartier sei dieser Grenzwert nicht entscheidend, es sei dort um die Einhaltung der Planungswerte für eine Neubaustrecke gegangen. Hier lägen die Grenzwerte noch 5 db tiefer. Zudem sei Technik und Akustik bei weitem nicht das Gleiche. Weiter habe er das Wiedenhubquartier nicht heruntermachen wollen. Er empfinde die Sprayerien aber als Abwertung, nicht bezüglich der Bewohner, sondern zu Lasten von diesen. Er habe sich mit seinem Votum für die Bewohner einsetzen wollen.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) weist darauf hin, dass bei der Diskussion der Vorstösse zur Tieflage alle Liestaler Landräte sich mit Voten beteiligt und sich seriös vorbereitet hätten. Bei der Abstimmung hätten sich ebenfalls alle, ausser Esther Maag für die Tieflage eingesetzt.

Stadtrat Heiner Karrer erklärt dazu, der Stadtrat werde seine bisherige Strategie weiter verfolgen. Die von Daniel Schwörer zu diesem Thema eingereichte Motion werde gelegentlich beantwortet.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) führt aus, es sei wichtig, die Anwohner zu Einsprachen zu motivieren. Dahinter stehe auch die taktische Überlegung, dass die

Kosten der Lärmschutzwände an die Tieflage verwendet werden könnten. Zu den Wänden sei zu sagen, dass die SBB probierten, diese regelmässig mit Spülzügen zu reinigen, da die Poren des Materials verstopften und dadurch die Lärmschutzwirkung verhindert werde. Die Substanzen gelangten aber leicht ins Grundwasser und dies sei nicht tragbar. Deshalb würden die Wände nach einiger Zeit nicht mehr die gewünschte Wirkung zeigen.

Somit sind die beiden Interpellationen erledigt.

279 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**12. Interpellation von Jürgen Hänggi namens der Fraktion
GL/Fraumättler betreffend Abfallreglement (Nr. 03/158)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Fragen:

- 1. Handelt es sich bei der Abfallrechnung, welche der Entsorger (Saxer AG, Basel) der Stadt Liestal stellt, um eine aufwandbezogene, um eine mengenbezogene oder um eine Mischrechnung der beiden erstgenannten?*
- 2. Wie begründet der Stadtrat den massiven Mengenrabatt, den er den Verursachern von grossen Abfallmengen (Container) gewährt? Sind die im Verhältnis dazu extrem teureren Gebühren, welche die Stadt Liestal für kleinere Abfallmengen (Abfallsäcke) verlangt, durch einen Mehraufwand der Stadt Liestal begründet und gerechtfertigt?*

Mengenrabatt:

1 Abfallsack (17 l)	CHF 1.40
1 Gewerbecontainer (800l)	CHF 42.--

Um 800 l Abfall in 171 Säcken zu entsorgen (es braucht 47 Säcke), bezahlen diejenigen, welche nur kleine Abfallmengen produzieren CHF 65.90, und dies sind sage und schreibe CHF 23.90 oder 56,9% mehr!!!

Wird der Anreiz, geringe Abfallmengen zu produzieren, durch diese Preispolitik nicht zunichte gemacht?

- 3. Gedenkt der Stadtrat, eine Grundgebühr (aufgrund der Änderung des kantonalen Umweltschutzgesetzes) für die Abfallentsorgung zu erheben? Wenn ja, wie gedenkt der Stadtrat die neuen Gebühren zu regeln?*

Der Interpellant verzichtet auf eine mündliche Erklärung und verweist auf seine schriftliche Eingabe.

280 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**13. Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion
zum gegenwärtigen Kostenverteiler des öffentlichen
Verkehrs (Nr. 03/158)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Immer wieder beklagt der Stadtrat die finanzielle Belastung durch die sogenannten Zentrumsfunktionen unserer Stadtgemeinde, unter anderem die ungerechte Verteilung der Kosten des öffentlichen Verkehrs im Kanton Baselland (vgl. SR Werner Kunz im letzten "Aktuell).

In der Tat zeigen die aufgrund des geltenden revidierten kantonalen Gesetzes zur Förderung des öffentlichen Verkehrs (1. Januar 1998) berechneten Beiträge, dass unsere Stadt finanziell benachteiligt wird. Wohl ist Liestal mit der SBB (Regio-S-Bahn und InterRegio), der Waldenburgerbahn, den Buslinien 70, 71, 75, 76, 77, 78, 80 und den Postautolinien 72, 73 und 83 öV-mässig sehr gut erschlossen und niemand wünscht sich einen Abbau. Aber durch die Berechnungsgrundlage auf der Basis der Haltestellen-Zahl wird suggeriert, dass die Liestaler Bevölkerung am meisten vom dichten öV-Netz profitiert. Da vermag der Belastungsausgleich - als Korrektur gedacht - diese falsche Grundlage nicht wesentlich korrigieren. Die nach Liestal pendelnden und in Liestal umsteigenden resp. zusteigenden Bewohner der Aussengemeinden profitieren mindestens ebenso sehr vom öV-Angebot wie die Liestaler Benutzer. Dieser Aspekt ist bei der Berechnung zu wenig gewichtet.

Wir bitten den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Um wie viel Prozent höher sind die Prokopfbeiträge Liestals als diejenigen der Nachbargemeinden Lausen, Bubendorf, Seltisberg, Arisdorf, Frenkendorf und Füllinsdorf?*
- 2. Wie und auf welchen Zeitpunkt müssen resp. können die Grundlagen für die Berechnung der Gemeindebeiträge neu erarbeitet werden, so dass bei der Lastenverteilung grössere Gerechtigkeit verwirklicht wird?*
- 3. Ist dazu eine Gesetzesänderung nötig, oder kann dies in einem neuen Leistungsauftrag korrigiert werden?*
- 4. Welche Bemühungen hat der Stadtrat schon unternommen, um eine Korrektur zu veranlassen?*
- 5. Kann der Stadtrat Vorschläge unterbreiten, wie bei der Berechnung der Gemeindebeiträge eine grössere Gerechtigkeit erzielt werden könnte? Wie sehen diese allenfalls aus?*
- 6. Wie kann der Einwohnerrat die Bemühungen des Stadtrates unterstützen?*

Der Interpellant verzichtet auf eine mündliche Erklärung und verweist auf seine schriftliche Eingabe.

Schluss der Sitzung: 20.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Paul Finkbeiner

Der Ratsschreiber

Martin Schneider